



Arbeitsagentur (in Berlin)



Callcenter (in Heilbronn)

HARTZ IV

Sechs Prozent Falschmeldungen

Mindestens sechs Prozent der Hartz-IV-Empfänger beziehen ihre Unterstützung zu Unrecht oder erhalten zu hohe Leistungen. Das ist das Ergebnis einer neuen Telefonumfrage, mit der die Nürnberger Bundesagentur für Arbeit derzeit einen Teil ihrer Hartz-IV-Empfänger überprüft. Dabei waren rund 35 Prozent der Angerufenen trotz mehrfacher Versuche nicht erreichbar oder nicht bereit, mit den Agenturmitarbeitern zu sprechen. Von den Übrigen mussten in rund sechs Prozent der Fälle Leistungen gekürzt oder zurückgenommen werden, weil die Betroffenen inzwischen einen Job gefunden oder sonstige Einkünfte nicht korrekt angegeben hatten. Bei den unter 25-Jährigen lag der Anteil sogenannter Statusänderungen bei fast zwölf Prozent, bei den über 50-Jährigen dagegen bei lediglich knapp vier Prozent. Die Nürnberger Bundesagentur hat seit Jahresbeginn rund 100 000 Bezieher von Arbeitslosengeld II in rund 20 Jobcentern im ganzen Bundesgebiet befragt.

SPENDEN

Kritik an Krombacher

Die Umweltorganisation World Wide Fund for Nature (WWF) kommt erneut unter Druck wegen der Zusammenarbeit mit dem Bierbraukonzern Krombacher. Bis zum Endspiel der Fußballweltmeisterschaft am 9. Juli soll von jeder verkauften Flasche Bier jeweils ein Cent an den WWF, das Deutsche Kinderhilfswerk oder die Deutsche Knochenmarkspenderdatei abgeführt werden. Auf der Stuttgarter EnviComm,

einer Fachkonferenz für Industrievertreter und Umweltverbände zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen, wurde die WWF-Aktion, die bereits 2002 rund 2,4 Millionen Euro für ein Regenwaldprojekt in Zentralafrika eingespielt hatte, als „Umwelt-Marketing“ kritisiert. So sei auch der Einsatz der TV-Stars Günther Jauch oder des Fußballers Rudi Völler, über deren Honorierung nach Angaben von Krombacher „Stillschweigen der Kooperationspartner“ vereinbart wurde, vor allem auf den Produktverkauf gerichtet und nicht auf ein dauerhaftes soziales

oder gesellschaftliches Engagement. Die Kunden, die beim Getränkeshändler, per Internet oder via SMS über den Spendenempfänger entscheiden können, lassen den Naturschutz zudem links liegen: Für den WWF mit dem Wappentier Panda entscheiden sich bislang nur ein Viertel der Spendenwilligen.

Völler



DANIEL MODIESCH / ACTION PRESS

BAHN-IMMOBILIEN

Rechnungshof fordert Geld zurück

Gerade hat Bahnchef Hartmut Mehdorn im monatelangen Konflikt um die Zuordnung der Bahn-Immobilien eingelenkt, droht schon der nächste Krach mit der Bundesregierung um eine Rückzahlung der in diesem Fall zu viel gezahlten Fördermittel. Hintergrund: Nach der Bahnreform von 1999 hätte der Konzern alle „betriebsnotwendigen Immobilien“ wie Bahnhöfe und Gleise an die jeweiligen Infrastrukturtöchter, DB Station & Service AG und DB Netz AG, übertragen müssen. In vielen Fällen geschah das nicht, wie der Bundesrechnungshof im Sommer 2005 feststellte. Insider schätzen, dass 30 bis 40 Prozent dieser Immobilien bei der DB AG geblieben sind, darunter Filetstücke wie die Hauptbahnhöfe von Frankfurt am Main, Hamburg und Stuttgart. Der Rechnungshof hatte erst kürzlich das Verkehrsministerium aufgefordert, „un-



Gleisanlagen (in Frankfurt am Main)

verzüglich eine Korrektur der Eigentumsverhältnisse“ durchzusetzen. Begründung: Die DB AG verlange von ihren Töchtern, deren Abspaltung bei einem Börsengang zur Debatte steht, für eigentlich ihnen zustehende Immobilien auch noch Pacht, jährlich etliche Millionen Euro. Dadurch werde deren „ohnehin angespannte Eigenmittelsituation zusätzlich belastet“. In der Folge zahle der Bund für Baumaßnahmen, die die Infrastrukturtöchter „aus Eigenmitteln hätten finanzieren müssen“ – aus Sicht der Prüfer Verschwendung von Bundesmitteln. Der Rechnungshof kommt zu dem Schluss, dass der Bund unnötig an die DB AG gezahlte Zuschüsse samt Verzinsung zurückfordern müsse. „Wir werden eine mögliche Rückzahlung prüfen, sobald uns der ausführliche Bericht vorliegt“, heißt es aus dem Ministerium.